

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/030(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 29.03.2007	Beimszimmer	17:00Uhr	19:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Verwaltung bittet darum, den Antrag A0027/07 – Ergänzung Baumschutzsatzung – mit der Stellungnahme S0047/07 sowie die Information I0083/07 – Festlegung von Sonntagsöffnungen für 2007 – zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen. Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, den A0027/07/S0047/07 als TOP 9 und die I0083/07 als TOP 10 zu behandeln.

Herr Grünert vermisst auf der Tagesordnung den Antrag zu Geschäftsordnung.

Herr Marske informiert, dass das Rechtsamt die gewünschte Synopse zur Geschäftsordnung erstellt hat.

Herr Lischka bittet darum, die Synopse an alle Ausschussmitglieder im Vorfeld der nächsten Sitzung zu verschicken, so dass der Antrag zur Geschäftsordnung auf der nächsten Sitzung behandelt werden kann.

Die geänderte Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift zur Sitzung am 01.03.2007 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

4. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH Vorlage: A0004/07

Herr Platz macht Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die jetzige Gesellschafterstruktur der GmbH beibehalten werden sollte. Die Stadt ist aber für Veränderungen offen.

Herr Brüning äußert, dass er am Anfang ein Gegner der städtischen Gesellschaft war. Jetzt ist er jedoch anderer Meinung. Er sieht die Lösung dieser Problematik in einer Umstrukturierung im inneren der Gesellschaft. Alle Gesellschafter sollten die gleichen Anteile bekommen. Er versteht nicht, warum sich die Verwaltung hier sperrt. Hierzu sollte sich interfraktionell nochmals verständigt werden. Heute sollte nur vom Grundsatz her beraten werden.

Herr Platz informiert, dass die Gesellschaft auf 10 Jahre befristet ist. Er sieht momentan keinen Grund, die jetzige Gesellschafterstruktur zu verändern. Das, was der Stadtrat damals beschlossen hat, sollte jetzt auch mitgetragen werden. Er unterstreicht nochmals die Stellungnahme der Verwaltung. Bestimmte Verfahrensschritte müssen einfach eingehalten werden.

Herr Hoffmann kann den Ausführungen von Herrn Platz folgen. Seit der Gründung der Gesellschaft hat sich der Weihnachtsmarkt stetig weiterentwickelt. Die jetzige Konstellation sollte beibehalten werden. Der Einfluss der Stadt muss in starkem Umfang bestehen bleiben.

Herr Ansoerge nimmt heute als Gesellschaftsverteter an der Sitzung teil. Die Weihnachtsmarktgesellschaft wird nach seiner Auffassung zeitweise wie ein Amt geführt. Dies sollte geändert werden. Die Mitglieder haben ein entsprechendes Fachwissen, was abgerufen werden sollte, um den Weihnachtsmarkt weiter zu entwickeln. Seine Fraktion unterstützt den Antrag. Er sieht die Stellungnahme der Verwaltung als sehr sachlich und ausgewogen an.

Herr Jakob unterstützt die Worte von Herrn Ansorge. Hier geht es darum, die Arbeit der GmbH zukunftsfähig zu machen. Wichtig sind hier gleichberechtigte Partner. Die GmbH sollte nicht abgeschafft werden, sondern im Innenverhältnis zukunftsfähig gemacht werden. Er hält die Konstellation 5 x 20 % mit den entsprechenden Rahmenbedingungen für gut.

Herr Schüller vertritt die Meinung, dass die Stadt Mitgesellschafter bleiben sollte. Eine Ausschreibung sollte vermieden werden.

Herr Lischka äußert, dass der Gesellschaftervertrag jederzeit geändert werden kann. Danach könnte ein Ankaufsrecht der Mitgesellschafter ohne weiteres in den Gesellschaftervertrag aufgenommen werden.

Herr Frommhagen informiert, dass die GmbH in diesem Jahr erstmals rote Zahlen schreiben könnte, da die Händler sich nicht bei einer späteren Eröffnung des Weihnachtsmarktes bewerben, auch nach dem 24.12. ihre Produkte anzubieten. Innerhalb der Gesellschaft sollte partnerschaftlich miteinander umgegangen werden. Er plädiert sehr für das vorgeschlagene Modell 5 x 20 %.

Herr Herbst legt dar, dass die Stadt ein Mitspracherecht im operativen Geschäft behalten muss. Er sieht momentan keine Gründe hier Änderungen herbeizuführen.

Änderungsantrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Veränderung der Gesellschaftsanteile der Stadt zu Gunsten der Mitgesellschafter (5 Gesellschafter mit jeweils 20 %) zu prüfen und entsprechende Wege zu deren Umsetzung aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

4.1. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/1

Der Antrag wird mit folgendem Abstimmungsergebnis abgelehnt:

0 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0004/07:

2 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

4.2. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/2

Der Antrag wird mit folgendem Abstimmungsergebnis abgelehnt:

0 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

4.3. Veräußerung von Anteilen der Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: S0036/07

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Fortschreibung des Feuerwehrkonzeptes der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: DS0546/06

Die Drucksache DS0546/06 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Neufassung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0062/07

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

7. Entscheidung nach § 52 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz
Vorlage: DS0077/07

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

8. Ergebnisse der Kundenbefragung
Vorlage: I0071/07

Die von der Verwaltung vorgelegte Information zu den Ergebnissen der Kundenbefragung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

9. Ergänzung Baumsschutzsatzung
Vorlage: A0027/07

Der Antrag A0027/07 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

9.1. Ergänzung Baumsschutzsatzung
Vorlage: S0047/07

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0047/07 zur Kenntnis.

10. Festlegung von Sonntagsöffnungen für 2007
Vorlage: I0083/07

Die von der Verwaltung vorgelegte Information zur Festlegung von Sonntagsöffnungen für 2007 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Herr Grünert bittet darum, in Zukunft eine solche Information um in der Stadt stattfindende Events zu ergänzen.

11. Verschiedenes

Petition der Erbegemeinschaft nach Wilhelm Riebel

Herr Schütt informiert, dass es hier ein laufendes Verwaltungsverfahren gibt, was noch nicht abgeschlossen ist.

Das Bauordnungsamt musste aufgrund von Lärmbelästigungen einschreiten. Im Jahr 2006 gab es massive Nachbarbeschwerden. Ein entsprechender Schallschutznachweis liegt jetzt vor, die endgültige Prüfung steht noch aus. Er informiert, dass die Eigentümerin ein Anhörungsrecht bekommen hat. Es steht noch nicht fest, wie und ob eine Ordnungsverfügung erlassen werden wird.

Herr Grünert sieht sich außerstande heute eine Abwägung vorzunehmen, da ihm keine schriftlichen Unterlagen bzw. eine Stellungnahme der Verwaltung vorliegen. Er bittet darum, die Ausführungen von Herrn Schütt schriftlich aufzuarbeiten und an die Mitglieder zu verteilen. Für die Zukunft sollte darüber nachgedacht werden, ob ein einheitliches Verfahren zur Behandlung von Petitionen entwickelt werden sollte.

Herr Marske informiert, dass die Eingaben von Bürgern in der Geschäftsordnung geregelt sind.

Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, bittet **Herr Lischka** die Verwaltung darum, die Unterlagen für die Ausschussmitglieder aufzuarbeiten. Eine nochmalige Behandlung der Petition erfolgt in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 26.04.2007.

Dienstaufsichtsbeschwerde des Herrn H.-J. Rauscher

Herr Marske informiert, dass die Zuständigkeit für die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Frau Poenicke beim Oberbürgermeister liegt.

Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Dr. Trümper ist Sache des Stadtrates. Der Stadtrat müsste nach Anhörung des Herrn Rauscher entsprechend bescheiden. Herr Ansorge nimmt dies als Vorsitzender des Stadtrates zur Kenntnis.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin